

# «Bildungspolitiker aufrütteln»

Brisante Erkenntnisse: **Pisa-Nachfolgestudie** belegt Chancenungleichheit bei der Berufswahl

Gute Bildungschancen für gute Schüler – auf diesem Prinzip basiert das Schweizer Schulsystem. Resultate der nationalen Studie Tree, welche Ausbildungsverläufe von Jugendlichen untersucht, stellen diesen Grundsatz in Frage.

SIMON FUHRER

Das schweizerische Schulsystem erhebt den Anspruch, gerecht zu sein und all denen, die etwas leisten, eine gute Zukunft zu ermöglichen. Die individuelle Leistung steht als Erfolgskriterium für den Einstieg in die nachobligatorische Ausbildung aber lediglich an vierter Stelle, wie Tree zeigt, eine der grössten Bildungsstudien in der Schweiz (vgl. untenstehenden Artikel). Ob Jugendliche eine erfolgreiche Laufbahn verfolgen, hängt vorab von der sozialen Herkunft, dem Geschlecht und dem besuchten Schultyp ab.

Projektleiter Thomas Meyer will mit «derart brisanten Ergebnissen die Bildungspolitiker aufrütteln». Die Schweiz befindet sich weit von der Chancengleichheit entfernt, obwohl diese seit 25 Jahren propagiert werde, sagt der Berner Soziologe. Ihren Fokus richtet die Studie auf gesellschaftlich benachteiligte, wissenschaftlich wenig untersuchte Gruppen.

## Guter Realabschluss wenig wert

Zu zwei Bereichen der Tree-Untersuchung liegen bereits Zwischenergebnisse vor. Die Studie erhärtet, was Eltern immer wieder befürchten und Schulen bestreiten: Realschüler haben bei vergleichbarer Leistung erheblich schlechtere Aussichten, eine anspruchsvolle Lehrstelle zu erhalten als Sekundarschüler. Meyer spricht deshalb von einem «beachtlichen Stigmatisierungseffekt» für Realschulabgänger. Es gebe so genannte Real- und Sekundarschulberufe, sagt er. Für Realschüler kämen einige Ausbildungswege – unabhängig von der persönlichen Leistung – gar nicht in Frage.

Als Messwert für die schulische Leistung verwendet Tree die in der Pisa-Studie erhobenen Lesekompetenzen. So können Real- und Sekundarschüler leistungsmässig direkt miteinander verglichen werden. Die gewünschten Ausbildungswege der Schüler werden nach tiefem, mittlerem und hohem Anforderungsgrad indiziert. Realschüler mit hoher Lesekompetenz planen nur zu 26 Prozent

eine Ausbildung, deren intellektuelle Anforderungen als hoch gelten. Mehr als ein Drittel plant jedoch eine Lehre mit tiefem Anforderungsniveau wie Verkäufer, Floristin oder Maurer. Von den schlechten Sekundarschülern – mit geringer Lesekompetenz – begnügen sich zwar auch 33 Prozent mit einer Ausbildung auf tiefstem Anforderungsniveau, 22 Prozent trauen sich bereits ein mittleres und 45 Prozent gar ein hohes Niveau zu. «Die Weichen für die Zukunft werden in der 6. Klasse gestellt», sagt Meyer. Realschüler leiden aber nicht nur unter dem Stigmatisierungseffekt, sondern wagen es nicht, ihre erste Wahl zu realisieren. Diese Selbstselektion ist laut Meyer statistisch nicht beobachtbar.

## Heimvorteil bei der Stellensuche

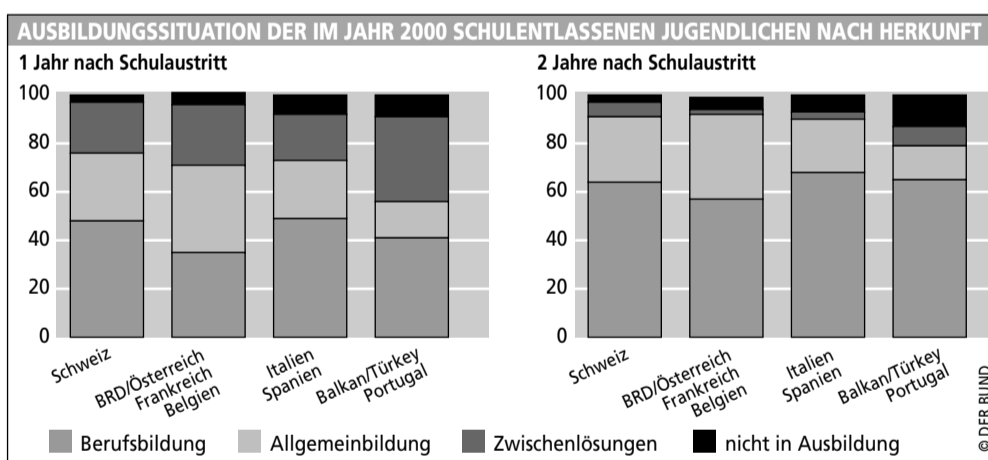
Mit der systembedingten, ungleichen Chancenverteilung zwischen den beiden Schulstufen kämpfen Teile der ausländischen Jugendlichen verstärkt, weil sie überdurchschnittlich oft die Realschule besuchen. Je nach Herkunftsland sinken die Aussichten auf eine Ausbildung zusätzlich. Unter vergleichbaren Voraussetzungen sind Jugendliche aus dem Balkan, der Türkei und Portugal etwa doppelt so stark gefährdet wie Einheimische, zwei Jahre nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit immer noch keine Lehrstelle gefunden zu haben.

Migranten können jedoch keineswegs allesamt in denselben Topf geworfen werden, hält der Zwischenbericht fest. Ausländische Jugendliche bilden vielmehr eine «Dreidrittelsgesellschaft», bestehend aus drei Gruppen mit ähnlichen sozio-ökonomischen Merkmalen. Die erste Gruppe stammt aus nördlichen Ländern Europas, die zweite aus den frühen Einwanderungsländern Italien und Spanien, die dritte aus den Balkanstaaten, der Türkei und Portugal.

Die Bildungschancen zwischen diesen drei Gruppen sehen sehr unterschiedlich aus (vgl. nebenstehende Grafik). Die Ausbildungssituation der Jugendlichen aus nördlichen europäischen Ländern sowie aus Italien und Spanien unterscheidet sich zwei Jahre nach dem Schulaustritt kaum von derjenigen der Schweizer. Markant ist jedoch der Bruch bei Jugendlichen aus jüngeren Einwanderungsländern. Problematisch ist besonders der grosse Anteil Jugendlicher, denen der Zugang zu nachobligatorischer Ausbildung und somit zum Arbeitsmarkt gänzlich versperrt bleibt.



Er leitet die Studie mit «brisanten Erkenntnissen»: der Soziologe **Thomas Meyer**. STEFAN ANDEREGG



## Wie weiter nach der Volksschule?

Ungebrochene lineare **Ausbildungsverläufe** sind für ein Drittel aller Jugendlichen in der Schweiz nicht mehr die Regel

Die Pisa-Studie bekommt Nachwuchs: Tree heisst das Projekt, das die Lebensläufe Jugendlicher vom Schulabschluss bis zum selbständigen Berufsleben erstmals für die ganze Schweiz dokumentieren soll. Tree steht für Transition von der Erstausbildung ins Erwerbsleben und ist als Nachfolgestudie zu Pisa 2000 lanciert worden.

Die Tree-Untersuchung wird von den Kantonen Bern, Genf und Tessin getragen und vom Nationalfonds sowie verschiedenen Bundesstellen mitfinanziert. Insgesamt über mindestens sieben Jahre werden jährlich dieselben 6000 Schülerinnen und Schüler befragt, die bereits für die Pisa-Erhebung Red und Antwort standen. «Damit können Ausbildungs- und Erwerbsverläufe erstmals längs-

schnittlich über die Zeit verfolgt werden», erklärt Projektleiter Thomas Meyer. Daten zum Übertritt von der obligatorischen Schulzeit in das Berufsleben existieren zwar bereits. Weil die Stichproben bisher jedoch jährlich neu generiert wurden – in so genannten Querschnittsstudien – können diese nur mit statistischen Verrenkungen verknüpft werden.

## Gute Chancen, wers sofort packt

Nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit treten 46 Prozent aller Jugendlichen in der Schweiz in eine Berufsbildung ein. Gut ein Viertel beginnt eine allgemeine bildende Schule wie das Gymnasium oder Diplommittelschulen. Wer die erste Schwelle nach der obligatorischen Schulzeit auf Anhebt, hat gute Chancen, die be-

gonnene Ausbildung auch weiterzuführen. Die Wege dieser Jugendlichen verlaufen grösstenteils stabil: Nur Wenige brechen ihren ersten Ausbildungsweg nach dem ersten Jahr ab.

Vom verbleibenden Viertel der Jugendlichen, die nicht direkt nach der Schule in eine mehrjährige Ausbildung einsteigen, sucht sich der überwiegende Teil den Einstieg über eine Zwischenlösung. Dies scheint mehrheitlich Erfolg versprechend, denn viele Jugendliche finden anschliessend im zweiten Jahr eine Lehrstelle. Zwischenlösungen betreffen überdurchschnittlich häufig junge Frauen. Viele von ihnen streben eine Ausbildung in Pflegeberufen an, die ein Mindestalter von 18 Jahren voraussetzt. Zwei Jahre nach der obligatorischen Schulzeit haben rund

neun von zehn Jugendlichen einen mehrjährigen Ausbildungsplatz gefunden. Rund 5 Prozent oder gegen 4000 Jugendliche befinden sich weiterhin in einer Zwischenlösung, ebenso viele besuchen zu diesem Zeitpunkt aber überhaupt keine Ausbildung.

## Auf Umwegen in die Zukunft

Die Tree-Ergebnisse sprechen von «vielen gebrochenen Ausbildungsverläufen». Lineare Ausbildungsbiografien, die direkt von der obligatorischen Schule in eine mehrjährige qualifizierende Ausbildung führen, sind nur für rund zwei Drittel der Jugendlichen die Regel. Für das restliche Drittel sind die Wege gekennzeichnet durch einen indirekten Einstieg über eine Zwischenlösung, durch Wechsel zwischen den Ausbildungsgängen

und durch phasenweise Ausbildungslosigkeit. Über die weitere Entwicklung dieser Lebensläufe werden erst kommende Berichte Aufschluss geben.

Die erste Projektphase – der Übertritt von der obligatorischen Schule in eine mehrjährige qualifizierende Ausbildung – wird im Januar 2004 mit der Publikation eines Berichts abgeschlossen. Ein internationaler Vergleich der Resultate wird nicht möglich sein, da neben der Schweiz nur Kanada einen Pisa-Längsschnitt realisiert. Viele der übrigen OECD-Länder hätten den finanziellen Aufwand gescheut, sagt Meyer. (sim)

**HINWEIS ZUR PUBLIKATION** BFS (Hg.): Wege in die nachobligatorische Ausbildung. Abrufbar ab Januar 2004 unter [www.Tree.ch](http://www.Tree.ch)

## ZUR SACHE:

Barbara Stalder



ist stellvertretende Tree-Projektleiterin und Mitarbeiterin der Erziehungsdirektion

## Druck auf das 10. Schuljahr

«BUND»: Frau Stalder, unterscheiden sich die Ausbildungsverläufe in Bern von denen in anderen Schweizer Kantonen?

**BARBARA STALDER:** Die Berner Daten werden erst noch genau analysiert. Das Angebot ist in der nachobligatorischen Bildung von Region zu Region und von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich. Überdurchschnittlich hoch liegt in Bern der Anteil Jugendlicher, die ein 10. Schuljahr besuchen. Immer weniger Junge steigen direkt in die Berufsausbildung ein. Weil der Kanton Bern eine vergleichsweise tiefe Maturitätsquote aufweist, gewinnt die Berufsbildung zusätzlich an Bedeutung. Der Lehrstellenmarkt ist teilweise aber stark ausgetrocknet, und damit steigt der Druck auf die Jugendlichen weiter, ein 10. Schuljahr anzuhängen.

Wie ist diese grosse Rate an Zwischenlösungen zu werten?

Es ist natürlich nicht an mir, darüber ein Urteil zu fällen. Der Kanton hat sich in seinen Zielen deutlich dafür ausgesprochen, es allen Jugendlichen zu ermöglichen, entweder eine Berufsausbildung, eine Matur oder eine Diplommittelschule abzuschliessen. Das Angebot an 10. Schuljahren ist für dieses Ziel ganz wichtig – sei dies, weil Jugendliche noch Defizite aufholen müssen oder weil der Lehrstellenmarkt so eng ist, dass die 10. Schuljahre als Auffangbecken dienen müssen. Steigen Jugendliche einmal aus dem Bildungssystem aus, können sie oftmals nicht wieder integriert werden. Problematisch ist aber, dass Lehrmeister mehr und mehr den Besuch eines 10. Schuljahres voraussetzen, damit Jugendliche eine Lehrstelle überhaupt antreten können. Dies ist nicht Sinn dieses Schuljahres und verlängert die im internationalen Vergleich ohnehin schon lange Ausbildung noch zusätzlich.

Mit welchen bildungspolitischen Massnahmen kann dieser bernspezifische Unterschied behoben werden?

Im Januar werden wir eine Palette von möglichen Massnahmen anregen. Die erwähnten kantonalen Unterschiede sind aber nicht per se schlecht. Angehen müssen wir unterschiedliche Bildungschancen zwischen Migranten und Einheimischen oder zwischen Jugendlichen aus bildungsnahem und -fernem Elternhaus. Dies sind aber gesamtschweizerische Probleme. Die Erziehungsdirektion hat diese Punkte erkannt und Massnahmen eingeleitet.

Die Probleme betreffen die gesamte Schweiz, Massnahmen sind kantonal. Wie muss damit umgegangen werden?

Schnittstellenprobleme löst man letztlich nicht auf nationaler Ebene. Dort ist entscheidend, möglichst gute, einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere in der Berufsbildung ist aber wichtig, dass Volksschullehrer, Lehrmeister und Berufsschullehrer vor Ort in engem Kontakt stehen, um Probleme früh zu erkennen und zu regeln.

Simon Fuhrer